

Sozialreport 50+ 2005

Dr. Wolfgang Stuchly, Pressesprecher der ISOR e.V.

Unter dem Titel »Sozialreport 50+ 2005 – Daten und Fakten zur sozialen Lage 50 – bis unter 65-Jähriger in den neuen Bundesländern« führte die Volkssolidarität – Bundesverband e.V. am 10. Januar 2005 im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Pressekonferenz durch, zu der auch ISOR e.V. eingeladen war.

Der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Dr. Gunnar Winkler, gab eingangs eine Erklärung ab, in der er zunächst auf den bevorstehenden 60. Jahrestag der Gründung der gegenwärtig rund 380 000 Mitglieder zählenden Organisation aufmerksam machte und auf zahlreiche zusätzliche Veranstaltungen verwies. Danach betonte er den hohen Stellenwert der in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg regelmäßig erarbeiteten Analysen, so auch der jüngsten über die Lage der 50 bis unter 65-Jährigen in Ostdeutschland, einer Altersgruppe, die auch für das weitere Wirken von ISOR von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Grundlage dieser repräsentativen empirischen Erhebung waren 1358 ostdeutsche Bürger dieser Altersgruppe. Eine analoge sozialwissenschaftliche Analyse der Altersgruppe über 65 Jahre wurde noch für 2005 angekündigt.

Nachfolgend einige grundsätzliche Aussagen des Reports, die für die Gesamteinschätzung der Lage bedeutsam sein dürften

– Die jetzige Altersgruppe der 50 bis 65-Jährigen war 1990 35 bis 50 Jahre alt und wurde von den grundsätzlichen sozialen Veränderungen und Umschichtungen der letzten 15 Jahre in Ostdeutschland ganz besonders betroffen.

– Der Anteil dieser Altersgruppe beträgt z.Zt. 2,7 Mio Bürger, das entspricht 20,2 % der Bevölkerung.

– Es handelt sich hier um eine Generation mit einer besonders hohen beruflichen Qualifikation, die z.T. entwertet wurde und neu erworben werden mußte.

– 88 % verfügen über einen Berufsabschluß, darunter 86 % der Frauen.

– Kennzeichnend für diese Altersgruppe ist der Rückgang der Erwerbstätigkeit und die hohe Arbeitslosigkeit.

– Nur noch 41 % sind erwerbstätig, 31 % gingen unfreiwillig in vorzeitige Rente, 27 % sind arbeitslos.

– Viele der Beschäftigten mußten sich mit hoher Flexibilität und Mobilität völlig neuen Arbeitsbedingungen anpassen.

– Die zunächst hohe allgemeine Lebenszufrie-

denheit weicht zunehmend Befürchtungen über die unmittelbare und fernere Zukunft.

– 66 % der Betroffenen signalisierten eine deutliche Verschlechterung der Lebensverhältnisse in den vergangenen fünf Jahren, 15 % müssen als in Armut lebend bezeichnet werden.

– Für viele dieser Altersgruppe ist die individuelle Lebensplanung durcheinander geraten. 2003 betrug der Anteil der Rentnerzugänge aus dieser Gruppe bei den Frauen 70 % und bei den Männern 60 %, die spürbare Abschläge bei der vorzeitigen Altersrente hinnehmen müssen.

– Für die überwiegende Mehrheit ist die Rente die einzige Altersversorgung.

– Die individuellen Erwartungen dieser Altersgruppe haben sich nach 1990 in sehr unterschiedlichem Maße erfüllt. Positiven Einschätzungen im Wohnen und Reisen stehen erhebliche Defizite in den Bereichen soziale Sicherheit und Gerechtigkeit gegenüber.

– 79 % der Befragten fühlen sich mit Ostdeutschland sehr stark verbunden, was weniger als DDR-Nostalgie, sondern viel mehr als nachhaltige Verunsicherung bewertet wird, woraus sich ein Gefühl der Chancenlosigkeit und bei 95 % die Angst vor Arbeitslosigkeit entwickelt. Daraus erkläre sich auch die festgestellte und zunehmende Politik- und Politikerverdrossenheit.

– 69 % der Befragten haben »überhaupt kein Vertrauen« zur Bundesregierung, 67 % zum Bundestag.

Zusammenfassend läßt sich aus dem Report – zumindest für die 50 bis unter 65-Jährigen Ostdeutschen – vermuten, daß sie das zukunftsorientierte Regierungsprojekt »Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost« mit Argwohn begleiten.

Die Fragen der anwesenden Medienvertreter signalisierten durchweg reges Informationsinteresse an diesen Problemen. Auf die Frage nach der sozialen Lage unter der ostdeutschen Jugend wurde auf einen späteren Report verwiesen.

Auf der Pressekonferenz wurden eine Reihe bedeutsamer Dokumente verteilt, die nicht Gegenstand der Veranstaltung waren, aber über die sicher noch zu sprechen sein wird, so u.a.

– Erklärung des Präsidenten und der Landesvorsitzenden der Volkssolidarität e.V. zu Hartz IV,

– Für die Einführung einer Bürgerversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV),

– Vorschlag für ein Gesetz zur Förderung der Vertretung von Interessen der Seniorinnen und Senioren in der Bundesrepublik Deutschland (Bundesseniorenvertretungsgesetz),

– Positionen der Volkssolidarität zur Angleichung des Rentenwertes Ost an den für die alten Bundesländer geltenden Rentenwert. Darin heißt es u.a.: »Die im Grundgesetz verankerte Forderung nach Herstellung annähernd gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland beinhaltet maßgeblich auch die Angleichung der Einkommensverhältnisse zwi-



Gedenkveranstaltung zum Jahrestag der Ermordung von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin-Friedrichsfelde

► Fortsetzung von Seite 1

schen Ost und West. Dazu gehören auch die Renten.

Mit der deutschen Einheit wurde ein Prozess zur Überführung der DDR-Renten und der von DDR-Bürgern erworbenen Rentenansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung der Bundesrepublik vollzogen. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen – zu den offenen Fragen gehört die der weiteren Angleichung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West (zum 01.07.2004 lag der Rentenwert Ost bei 87,9 Prozent).

Wenn heute die älteren Bürger in den neuen Bundesländern unter überwiegend günstigen materiellen Lebensbedingungen leben, ist dies in großem Maße ein Ergebnis eines langen Arbeitslebens. In den neuen Ländern können Männer durchschnittlich 45 und Frauen

durchschnittlich 36,5 Arbeitsjahre nachweisen. Dies sind bei Männern fünf und bei Frauen zehn Arbeitsjahre mehr als jeweils bei Männern und Frauen in den alten Bundesländern. Daraus ergibt sich bei Rentnerinnen in den neuen Bundesländern ein höherer durchschnittlicher Rentenzahlungsbetrag als bei Rentnerinnen in den alten Ländern (663 Euro gegenüber 500 Euro), bei Männern liegt der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag in den neuen Bundesländern dagegen niedriger als in den alten Ländern (1.038 Euro gegenüber 1.064 Euro), obwohl sie mehr Arbeitsjahre aufweisen können.

In den neuen Bundesländern ist die gesetzliche Rente für 93 Prozent der Rentner das **einzige** Alterseinkommen. Nebenverdienste, Kapitaleinkünfte sowie Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung haben in der Regel einen sehr bescheidenen Umfang. Die in den alten

Ländern weit verbreiteten Alterseinkommen wie Pensionen und Betriebsrenten spielen bei den Bestandsrentnern faktisch keine Rolle, da Ansprüche aus so genannten Sonder- oder Zusatzversorgungssystemen in der DDR mit **sehr niedrigen** Werten in die gesetzliche Rente überführt wurden. Fragen der Rentengerechtigkeit – dazu gehört auch die der Bewertung der Lebensarbeitsleistung – haben daher für Rentnerinnen und Rentner in den neuen Ländern einen hohen Stellenwert.

Denn bei einer **gleichen Lebensarbeitsleistung** (45 Arbeitsjahre mit stets durchschnittlichem Verdienst) erhält ein Rentner in den neuen Bundesländern **12,1 Prozent weniger** als ein Rentner in den alten Ländern (943 Euro monatlich gegenüber 1.073 Euro). Ernsthafte Bemühungen der Politik zur **Schließung dieser Gerechtigkeitslücke in einem überschaubaren Zeitraum** sind nicht erkennbar.

Die Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern und die Krise in der Einnahmesituation der gesetzlichen Rentenversicherung führen dazu, dass auch die schrittweise Angleichung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West immer geringer ausfällt und es bereits zu einer Angleichung nach unten kommt. Im Jahre 2004 waren die entsprechenden Eckrenten gegenüber dem Jahr 2003 sogar rückläufig (in den neuen Ländern von 951 Euro auf 943 Euro, in den alten Ländern von 1.082 Euro auf 1.073 Euro).

Deshalb setzt sich die Volkssolidarität dafür ein, dass im Zuge der Angleichung der Einkommensverhältnisse zwischen Ost und West auch der geringere Rentenwert Ost an den Rentenwert für die alten Bundesländer angenähert wird. «

(s.a.: Internet www.volkssolidaritaet.de)



Gemeinsamer Stand von GRH und ISOR in der Gudrunstraße bei der Gedenkveranstaltung in Berlin-Friedrichsfelde

Unser Kampf ist gerecht – Er wird weitergehen!

Zum Buch »Wertneutralität des Rentenrechts –
Strafrente in Deutschland?«

Chefinspekteur a.D. Dr. phil. Manfred Geßner

Die Wertneutralität des Rentenrechts hat im gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert. Schon deshalb dürfte das von ISOR herausgegebene Buch »Wertneutralität des Rentenrechts. Strafrente in Deutschland?« von großem allgemeinen Interesse sein. Seine besondere Bedeutung gewinnt dieses Buch jedoch dadurch, daß nach dem Beitritt der DDR zur BRD die Wertneutralität des Rentenrechts bei der Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften für

Renten ehemaliger Angehöriger des Staatsapparates der DDR, insbesondere der bewaffneten Organe (NVA, DVP, MfS/AfNS) und der Zollverwaltung verletzt wurde. Im Buch wird erstmalig der seit 1991 von ISOR in enger Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden geführte Kampf, die rentenrechtlichen Ansprüche auf politischem und juristischem Wege durchzusetzen, chronologisch und ausführlich geschildert.

Um die im Buch behandelte Problematik zu verstehen, muß man kein juristisches Staatsex-

amen abgelegt haben. Es geht auch nicht um juristische Spitzfindigkeiten und Auslegungsdebatten. Zur Vertiefung des Verständnisses dieser Problematik ist es sinnvoll, die Geschichte der Entstehung und Entwicklung der Sozialversicherung in Deutschland zu betrachten.

Im Teil 1 wird deshalb von Prof. Dr. Erhard Pachaly die Entwicklung der Sozialversicherung in Deutschland seit der Reichseinkünfteordnung 1871 dargestellt. Überzeugend werden die sozialökonomischen und politischen Zusammenhänge herausgearbeitet, die 1883 zur gesetzlichen Krankenversicherung, 1884 zur gesetzlichen Unfallversicherung, 1889 zur gesetzlichen Rentenversicherung und schließlich 1911 mit der Reichsversicherungsordnung zu einer umfassenden Sozialordnung führten. Es ist bemerkenswert, daß damals schon, trotz bestimmter politischer Hintergründe, die Rente wertneutral

► Fortsetzung auf Seite 3

► Fortsetzung von Seite 2

gestellt war. Es ist bezeichnend, daß erst der nationalsozialistische Staat seine politischen Gegner und andere Personengruppen weitestgehend von der Sozialversicherung ausschloß. Die Rente wurde instrumentalisiert und als politische »Waffe« benutzt. Nach dem 2. Weltkrieg entstanden in Deutschland, wenn auch auf unterschiedliche Weise, neue Sozialversicherungssysteme. Allerdings wurde in der BRD schon seit 1953 und vor allem mit dem Entschädigungsgesetz vom 29. Juni 1956 das Prinzip der Wertneutralität verletzt und Sozialleistungen zur Disziplinierung Andersdenkender benutzt. So reichte zum Beispiel die Mitgliedschaft in der KPD, die dazumal noch nicht verboten war, aus, um Kürzungen bzw. Streichungen von Sozialleistungen zu begründen und vornehmen zu können. Andererseits wurde der Pensionsanspruch von ehemaligen Gestapobeamten und Angehörigen der SS begillt.

Im Teil 1 wird sehr anschaulich und konkret gezeigt, wie in Deutschland bei gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen die sozialrechtlichen Probleme gelöst wurden, so z.B. beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, im Nazistaat und im Nachkriegsdeutschland. In den folgenden Abschnitten wird die Rentenentwicklung in der DDR und ihre Überführung (Teil II) sowie, ausgehend vom Einigungsvertrag, die Problematik der Herstellung der Rechtseinheit in den gesetzlichen Renten- und Unfallversicherungen sowie die Überführung von Ansprüchen und Anwartschaften von Zusatz- und Sondernversorgungssystemen der DDR (Teil III) dargelegt. Das ist zugleich das Kernstück des Buches. Mit großer Sachkenntnis erörtert Prof. Dr. Willi Hellmann die damit im Zusammenhang stehenden Probleme und Schwierigkeiten und zeigt die großen Anstrengungen von ISOR und allen Initiativgruppen zur Überwindung des Rentenstrafrechts seit 1991. Die Annahme, daß mit dem Einigungsvertrag eine gute Grundlage und günstige Voraussetzungen für eine gerechte Lösung aller sozialrechtlichen Fragen gegeben seien, erwies sich jedoch als illusionär. Bereits im Rentenüberleitungsgesetz (RÜG) und im Anspruchs- und Anwartschaftsüberleitungsgesetz (AAÜG) wurden wesentliche Beschränkungen vorgenommen und damit die Wertneutralität erheblich verletzt. Unabhängig davon, welche Argumente dafür ins Spiel gebracht werden (Privilegien, zu hohes Einkommen u.a.) – es bleibt eine grobe Verletzung der Artikel 3 (Gleichheitsgrundsatz) und Artikel 14 (Eigentumsschutz) des Grundgesetzes.

Wie kompliziert und ideologisch belastet die Auseinandersetzungen waren, zeigt sich u.a. darin, daß sich ISOR mit dem Argument auseinandersetzen musste, ehemalige Bürger der DDR hätten erst mit dem Wirksamwerden

des Einigungsvertrages Anspruch auf Altersversorgung erlangt. Selbst Sozialgerichte entschieden Klagen zu Rentenangelegenheiten ehemaliger DDR-Bürger nach Wert und Unwert in der DDR ausgeübter Tätigkeiten. Beschwerden der Betroffenen gegen diese Entscheidungen wurden pauschal abgewiesen, oft ohne jegliche Begründung oder politisch motiviert.

Durch den unbeirrten gemeinsamen Kampf von ISOR und anderen Verbänden und Vereinen, der sachlichen und akribischen Arbeit der Anwälte und der großen Solidarität aller ISOR-Mitglieder und ihrer Sympathisanten ist es schließlich gelungen, 1996 mit dem AAÜG-Änderungsgesetz einen wichtigen Erfolg zu erzielen. Nicht zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht am 23. Juni 2004 festgestellt, daß politisch motivierte Rentenkürzungen verfassungsrechtlich nicht legitimiert sind.

Damit ist erneut der Beweis erbracht, daß ISOR durch ein realistisches Herangehen und mit den Mitteln des Rechtsstaates die Interessen der ISOR-Mitglieder erfolgreich durchsetzen kann. Es ist zugleich ein überzeugender Beweis ihrer Fähigkeit, auf dem Boden des Grundgesetzes zu handeln und einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der grundgesetzlichen Ordnung gegen ideologisch motivierte Abweichungen zu leisten. In diesem Sinne muß der Kampf konsequent fortgeführt werden, denn immer noch gibt es ca. 200.000 sogenannte staatsnahe Bürger der DDR, deren Renten in unberechtigter Weise gekürzt sind.

Im Teil IV werden von Dr. Rainer Rothe interessante internationale und völkerrechtliche Betrachtungen zu dem im Teil III des Buches aufgeworfenen Problemen dargelegt, so z.B. in Ur-

teilen des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EuGHMR) in Beziehung auf die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) sowie in Staatenberichten und zu Rentenfragen in ausgewählten postsozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. Das Grundproblem ist auch hier: Menschenrechte sind Rechte aller Menschen, ohne Unterschied nach Rasse, Religion, Geschlecht, Sprache und politischen Überzeugungen, und diese müssen ständig in einem beharrlichen Kampf durchgesetzt werden.

Nicht zuletzt bilden die in der Anlage und im Anhang aufgeführten Übersichten, Dokumente und gesetzlichen Regelungen eine interessante Ergänzung zum Buchtext.

Der Autor war zuletzt Leiter der Verwaltung Aus- und Weiterbildung im MdI der DDR

Mitteilung der Geschäftsstelle

Der Kai Homilius Verlag wird Ende Februar 2005 das von ISOR e.V. herausgegebene Buch Wertneutralität des Rentenrechts. Strafrechte in Deutschland? (ISBN-Nr.: 3-89706-881-8) in einer Nachauflage anbieten. Die Nachauflage ist durch die Aufnahme neuer Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts sowie des Bundessozialgerichts zu Rentenfragen ergänzt worden.

Für ISOR-Mitglieder erfolgt der Vertrieb wiederum über den Verein. Sammelbestellungen können über die TIG bei der Geschäftsstelle abgegeben werden. Der Subskriptionspreis für Mitglieder beträgt wie bisher 6,20 €



**Aus unseren
TIG**



Als Teilnehmer der Vertreterkonferenz möchte ich Euch kurz mitteilen, wie wir in der TIG **Quedlinburg** sofort begonnen haben die Entscheidung in die Tat umzusetzen und jetzt bereits erste »Erfolgs-Reaktionen« verzeichnen können.

Zunächst wurde im Vorstand beraten und festgelegt, wie wir auf Grund unserer persönlichen Möglichkeiten sowohl den Petitionen, aber auch den Protestschreiben auf der Grundlage der juristischen und politischen Fakten einen jeweils persönlichen Inhalt verleihen können und möglichst **alle** unsere Mitglieder erreichen. Im Ergebnis haben wir dann den Vorstand mit den Personen zweckgebunden erweitert, die fähig und bereit waren, über PC die verschiedensten Varianten der Petition und Protestschreiben zu verfassen, um selbige dann von den Mitgliedern eigenständig mit ihrer

persönlichen Biographie, Argumenten und Bemerkungen ergänzen und verändern zu lassen. Die ersten Mitglieder erreichten wir über die darauffolgende Versammlung.

Entweder wurden die Schreiben dann handschriftlich versandt oder über PC mit den persönlichen Veränderungen/Ergänzungen nochmals neu verfasst.

Mit den Mitgliedern, welche aus den verschiedensten Gründen nicht an der Versammlung teilnehmen konnten, erfolgte ein analoger Verfahrensweg mittels persönlichem Aufsuchens durch die ständigen Betreuer. Für die noch im Arbeitsprozeß befindlichen Mitglieder wurde eine zeitlich gesonderte Zusammenkunft organisiert.

► Fortsetzung auf Seite 4

► Fortsetzung von Seite 3

Mit diesem Herangehen haben wir **96 %** unserer Mitglieder erreicht und sichergestellt, dass von diesen und teilweise von deren Ehefrauen die Schreiben auch **tatsächlich** verschickt wurden.

Neben der Bundestagspetition wurden die Protestschreiben von jedem an folgende Adressaten versandt: Bundesinnenminister, BVA bzw. BVA-Präsident, Bundesstelle für die Sicherung der Stasi-Unterlagen, Bundesjustizministerin.

Nachdem das erste Eingangsbestätigungsschreiben von Frau BIRTHLER einging, haben das Bundesinnenministerium und das BVA mit dem Hinweis geantwortet, dass sie bereit sind, über die Herausgabe der Daten mit ISOR zu reden. Wir sind uns natürlich bewusst, dass diese zunächst positive Reaktion nur durch die geballten Anstrengungen von ISOR und seinen Verbündeten erreicht wurde.

Dennoch sind wir uns sicher, dass dies unsere TIG-Mitglieder mit großer Freude aufnehmen werden, weil sie wissen, dass sie **auch** einen Anteil daran haben.

Es wird auch Ansporn sein, weiterhin keine Mühen zu scheuen, um in dieser Hinsicht aktiv zu bleiben. Außerdem wird es auch manchen Skeptiker solcher Aktivitäten überzeugen.

Heinz Tischner, Ltr. AG-Recht



Für unsere Mitgliederversammlung der TIG **Magdeburg** im November 2004 hatten wir den Vorsitzenden der ISOR e.V., Horst Parton, eingeladen.

Er appellierte an uns, in unserem Kampf nicht nachzulassen, da eine schwierige Wegstrecke zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts für die ehemaligen Angehörigen des MfS noch vor uns steht. Horst Parton forderte u.a. auf, durch Petitionen die Einsicht in die Gehaltsunterlagen des MfS bei der BIRTHLER-

Behörde bzw. dem Bundesverwaltungsamt durch Beauftragte von ISOR e.V. zu erreichen. Im Dezember führte der TIG Vorstand mit den Kassierern eine Beratung durch und sprach ihnen Dank für die fleißige Arbeit aus.

Wir stellen uns für 2005 als Kampfaufgaben:

- In mindestens 200 Petitionen unserer Mitglieder und Angehörigen die Einsicht in die Gehaltsunterlagen des MfS zu fordern. Dazu wird durch die Kassierer und die AG Öffentlichkeitsarbeit die Hilfe für unsere Mitglieder gegeben.
- Die Arbeit in den nächsten Jahren erfordert neue Freunde für die Arbeit im TIG-Vorstand und den AG zu gewinnen, um die altersbedingt Ausscheidenden zu ersetzen.
- Unser Kampf kann nur erfolgreich sein, wenn wir verstärkt neue Mitglieder gewinnen.
- Die Zusammenarbeit mit den befreundeten Verbänden mit dem Ziel, uns als Sozialverband gegen den fortschreitenden Sozialabbau einzubringen. **Siegfried Korth**

Aus der Arbeit des Vorstands:

In großer Zahl haben ISOR-Mitglieder Kopien der von ihnen abgesandten Petitionen bzw. Antworten und Zwischenbescheide des Petitionsausschusses des Bundestages an die Geschäftsstelle von ISOR übermittelt. Darin zeigt sich die große Resonanz, die die entsprechende Orientierung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom Oktober 2004 in breiten Teilen der Mitgliedschaft gefunden hat und sicherlich auch weiter findet. Der Vorstand übermittelt allen Mitgliedern und Funktionären seinen aufrichtigen Dank für die mit der Absendung von Petitionen zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit, im Kampf gegen das Rentenstrafrecht nicht nachzulassen. Gleichzeitig bitten wir um Verständnis dafür, dass die ungewöhnlich hohe Zahl der Zusendungen an die Geschäftsstelle eine individuelle Beantwortung nicht möglich macht. Erleichtert würde die Arbeit der Geschäftsstelle zudem, wenn bei allen Zuschriften immer auch eine Telefonnummer angegeben würde.



In seiner Sitzung am 26.01.2005 nahm der Vorstand zunächst Antworten der Fraktionen der SPD und CDU/CSU auf Schreiben unseres Freundes Rolf Sieffert (Salzwedel) zur Kenntnis, die dieser dem Vorstand übermittelt hatte.

Während die SPD-Fraktion »keinen Handlungsbedarf« sieht und das – als habe es das E 3-Urteil nicht gegeben – mit den Befindlichkeiten der »Opfer« begründet, räumt die CDU/CSU-Fraktion »Ungereimtheiten« im Rentenrecht ein, äußert zugleich aber Skepsis, ob sich parlamentarische Mehrheiten für eine Änderung des § 7 AAÜG finden ließen.

Der Vorstand nahm weiter zur Kenntnis, dass die Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Daten zur Klärung der Einkommensverhältnisse der ehemaligen Mitarbeiter des MfS fortgeführt werden. So wurden weitere klärende Gespräche mit Vertretern des Bundesverwaltungsamtes geführt, und auch die BIRTHLER-Behörde sagte in einem Briefwechsel die Prüfung der ihr zugegangenen konkreten Anforderungen von ISOR zu. Deshalb entschied der Vorstand, vorerst von einer geplanten Intervention bei der Kulturstatsministerin Dr. Christina Weiss Abstand zu nehmen. Noch sind wir aber nicht im Besitz der nötigen Daten, und

politischer Druck ist weiter nötig, um die endgültige Herausgabe in einer angemessenen Frist zu erreichen. Wirksamstes Mittel dazu ist gegenwärtig die Erhebung entsprechender Forderungen in Petitionen an den Bundestag.

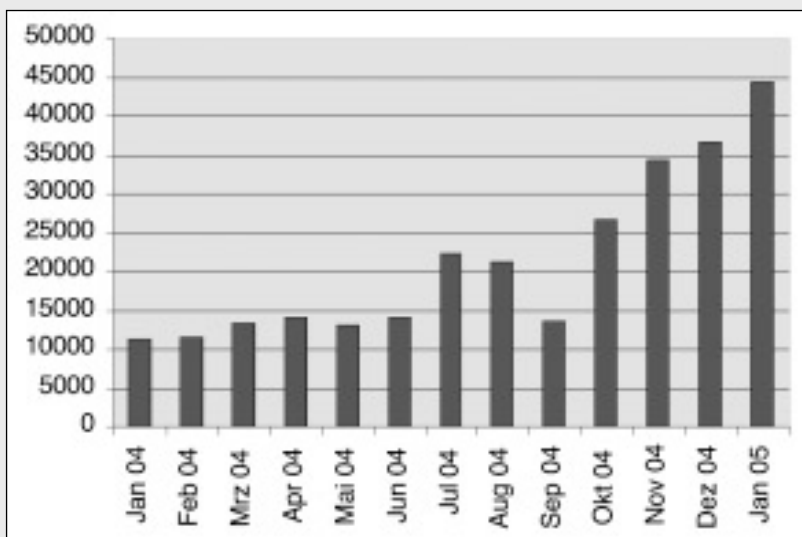
Der Vorstand billigte die Aufnahme von Verhandlungen mit zwei wissenschaftlichen Instituten, die potenziell für die Erstellung von Gutachten infrage kommen.

Mit Interesse verfolgt der Vorstand aktuelle Initiativen und Erklärungen der Volkssolidarität, wie sie insbesondere mit der Vorstellung des Sozialreports erfolgten.

Wolfgang Schmidt

Zur Nutzung unserer Internetseite www.isor-sozialverein.de

Innerhalb eines Jahres stieg die Anfragehäufigkeit an unsere Website auf 392 %. Hatten wir im Januar 2004 noch 11 241 Anfragen, waren es im Januar 2005 bereits 44 274 Anfragen, d.h. pro Tag durchschnittlich 1428!



Aus der Postmappe:

Nachfolgendes Schreiben habe ich an den Bundestagsabgeordneten Dr. Wiefelspütz, SPD, gesandt:

»Sehr geehrter Herr Dr. Wiefelspütz, in der WDR-Sendung »Hart aber fair« am 15.12.2004 beantworteten Sie die Frage eines Leipziger Zuschauers, ob denn in krumme Geschäfte verwickelte Bundestagsabgeordnete nicht ihre Altersbezüge verlieren sollten.

Sie führten dazu u.a. sinngemäß aus, dass Strafe und Rente nicht vermischt werden dürfen. Nach geltendem Recht für alle Deutschen gebe es bei der gesetzlichen Rente so etwas nicht. Auch ein Verbrecher würde im Alter über das verfügen können, was er sich erarbeitet habe, unabhängig davon, was er sonst gemacht habe.

Leider vergaßen Sie hierbei zu erwähnen, dass der Deutsche Bundestag mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 23.06.04 (sog. E3-Urteil) nun schon zum wiederholten

Male aufgefordert werden musste, Strafelemente aus dem Rentenrecht zu entfernen. Ca. 200.000 ehemalige Angehörige des MfS sind als einzige Personengruppe in Deutschland auch weiterhin von einem Rentenstrafrecht betroffen und durch eine gesonderte, nur für sie geltende Beitragsbemessungsgrenze bei den Rentenbezügen willkürlich auf eine Durchschnittsrente begrenzt. Was sie sich einst erarbeitet haben, zählt hierbei nicht, obwohl sie

► Fortsetzung auf Seite 2

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 95. Geburtstag:

Gerhard Auerswald, Bln.-Fr'hain

zum 94. Geburtstag:

Liddy Rosch, Zernsdorf

zum 93. Geburtstag:

Ewald Bühner, Bad Salungen

92. Geburtstag

Fritz Sparschuh, Bln.-Pankow

zum 91. Geburtstag:

Fritz Dietrich, Dresden
Reinhold Lochmann, Bln.-Fr'felde
Herbert Mai, Cottbus
Gerhard Schneider, Chemnitz

zum 90. Geburtstag:

Werner Erner, Templin

zum 89. Geburtstag:

Siegfried Beier, Quedlinburg
Paul Domagalla, Magdeburg
Elsbeth Hellwig, Bln.-Treptow
Franz Sonntag, Bln.-Pankow

zum 88. Geburtstag:

Gerhard Buchmann, Bln.-Hellersd.
Hildegard Fischer, Bln.-Treptow
Franz Kusnierek, Cottbus
Herbert Schubert, Dresden

zum 87. Geburtstag:

Albert Grimm, Zwickau
Dr. Alexander Strachovsky, Bln.-Köpenick
Max Thielemann, Cottbus

zum 86. Geburtstag:

Walter Entrich, Quedlinburg
Anna Hagenbruch, Bln.-Marzahn
Erika Jochymski, Leipzig
Hildegard Laux, Bln.-Fr'hain
Hilde Riedel, Bln.-Hschh

zum 85. Geburtstag:

Werner Blum, Bützow
Heinz Brauer, Erfurt
Käte Götz, Rodewisch
Gerhard Höfer, Halle
Charlotte Lauterbach, Bln.-Hellersd.
Anna Oelgarte, Aschersl./Staßf.
Gerda Primo, Bln.-Pankow

Heinrich Rolfs, Rostock

Rudolf Schultz, Bln.-Fr'hain

zum 80. Geburtstag:

Martin Börner, Bln.-Mitte
Rudi Brocke, Dresden
Alfred Fabrowski, Hähnichen
Margarete Feigel, Chemnitz
Charlotte Haase, Leipzig
Horst Hipler, Bln.-Mitte
Dr. Ursula Jacobi, Bln.-Fr'hain
Joachim Jecht, Bln.-Weißensee
Lotte Kröber, Schwarzenberg
Dorothea Kuhlmei, Bln.-Treptow
Maria Müller, Bln.-Li'berg
Ruth Orgis, Bln.-Mitte
Horst Roick, Bln.-Hschh.
Waltraud Scholz, Tpl./Bebersee
Ursula Starke, Dresden
Heinz Ulrich, Bln.-Treptow
Gerhard Wislung, Pdm. Berliner Vorstadt
Gerhard Tzerlitzke, Weißenfels
Elfriede Wiesner, Frankfurt/O

zum 75. Geburtstag:

Manfred Arnold, Bln.-Köpenick
Roland Augustin, Bln.-Hellersd.
Lothar Baumeister, Halle
Hans-Hermann Behrendt, Mgdgbg.
Werner Beuche, Magdeburg
Dr. Dietmar Birkner, Chemnitz
Inge Birkner, Cottbus
Joachim Böhm, Cottbus
Gisela Brock, Bernau
Ilse Brömme, Bln.-Fr'felde
Inge Cott, Bln.-Li'berg
Willi Damm, Bln.-Hschh.
Horst Depta, Bln.-Treptow
Helmut Derlath, Bln.-Marzahn
Artur Fenske, Cottbus
Wolfgang Fiedler, Leipzig
Gerhard Gasche, Rostock
Gisela Giesen, Bln.-Treptow
Ursula Gottwald, Bln.-Köpenick
Johanna Hellwig, Angermünde
Erich Heinrich, Grimmen
Brunhilde Hensel, Halle
Gerhard Hensel, Aschersl./Staßf.
Christian Henzchen, Bln.-Hschh.
Klaus Kahlmann, Cottbus

Klaus Kahnt, Rostock

Heinz Kalcher, Wandlitz

Günter Karasek, Dresden

Helga Kaspar, Bernau

Josef Kessmann, Bln.-Hellersd.

Achim Klemm, Bln.-Mitte

Christel Knaack, Prenzlau

Karl Krauß, Frankfurt/O

Lothar Krech, Fambach

Gerhard Kühl, Aschersl./Staßf.

Erich Lembke, Grimmen

Ruth Leube, Leipzig

Hans Lindemann, Bln.-Fr'felde

Ingeborg Mähne, Magdeburg

Erika Menzel, Chemnitz

Horst Molwitz, Schaderode

Gerhard Noack, Bln.-Treptow

Manfred Noack, Spree

Hans Partsch, Neubrandenb.

Günter Pötsch, Bernau

Gottfried Precht'l, Pdm. Drewitz

Günter Preißler, Neubrandenb.

Gerhard Priewe, Rostock

Siegfried Probst, Ichstedt

Heinz Querfeld, Bln.-Fr'felde

Sonja Rebentisch, Bln.-Köp.

Anni Richter, Seelow

Willi Römer, Leipzig

Heinz Rückmann, Bln.-Köp.

Siegfried Schillbabel, Bln.-Weißens.

Gertrud Schrader, Aschersl./Staßf.

Ingeborg Schulze, Bln.-Marzahn

Ewald Schwarz, Salzwedel

Waldemar Sakretz, Hennigsdorf

Hans Seliger, Schwarzenberg

Rudi Sonntag, Bln.-Hellersd.

Werner Spitzbarth, Bln.-Fr'felde

Karl-Heinz Steinbruch, Bln.-Hschh.

Dr. Günther Ullrich, Bln.-Pankow

Alfred Vogel, Strausberg

Horst Vogel, Cottbus

Walter Weinhold, Chemnitz

Frieda Weißel, Bln.-Marzahn

Erich Wittke, Bln.-Mitte

Hans Wolf, Bln.-Blankenfelde

Horst Wolf, Angermünde

Rudi Zander, Bln.-Fr'hain

Ingolf Zechel, Dresden

Fred Zegelin, Guben

Dieter Zehnder, Reichenbach

Konrad Zink, Bln.-Treptow

► Fortsetzung von Seite 5

alle fast ausnahmslos keinerlei Straftaten begangen und durchweg höhere Rentenbeiträge eingezahlt haben, als andere DDR-Bürger. Ihr Verbrechen bestand lediglich darin, einem anderen Staat gedient zu haben. Auch im 15. Jahr der deutschen Einheit ist offenbar niemand bereit, dieses Unrecht zu beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Volkelt, Berlin-Lichtenberg



Wolfgang Mittmanns Anliegen, eine Sammlung von Publikationen und Sachbelegen zur Geschichte der bewaffneten Organe in der DDR einzurichten (siehe **ISOR aktuell** 8/9/2004), hat ein positives Echo gefunden. Besonderer Dank an Dr. Reinhold Röder (Berlin), Dr. Manfred Lachmann (Dresden), Horst Kühn (Erfurt), Prof. Dr. Erhard Pachaly (Seelze), Heinrich Jendro (Berlin), Frau Rebentisch (Berlin). Weiteres Informationsmaterial stellten Hermann Szotkiewicz (Bad Dürkheim), Herr Gürgens und Frau Mischnik (beide Berlin) zur Verfügung. Der Anfang ist also getan. Doch die Möglichkeiten sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Gesucht werden weiterhin Exemplare der Zeitschriften »Die Volkspolizei« (Jahrg. bis 1970) »Der Transportpolizist« (alle Jahrg.), »Schriftenreihe der Volkspolizei« (alle Jahrg.), »Der Grenzpolizist«, »Die Bereitschaftspolizei«, »Unser Brandschutz« und »Der Zolldienst«. Von Interesse sind selbstverständlich auch Diplom- und Belegarbeiten an Hoch- und Fachschulen, die polizeihistorische Themen oder spezielle Straftatengruppen (z.B. Bandenunwesen, Schwarzmarktzeit, Schmuggel, Buntmetalldiebstähle, Brandkatastrophen usw.) untersucht haben.

Wer kann Erinnerungsberichte an polizeiliche Einsätze, Großfahndungen oder die Untersuchung großer Straftaten bereitstellen? Von besonderem Interesse sind Dokumente/Erinnerungsberichte zum kameradschaftlichen Zusammenwirken der bewaffneten Organe auf verschiedenen Ebenen.

Wolfgang Mittmann steht für persönliche Gespräche, aber auch Diskussionsrunden in den

TIG zur Verfügung. In diesem Zusammenhang bittet er auch um Informationen über folgende Sachverhalte:

- Eisenbahnattentat von Prödel (Krs. Zerbst) 1947 und am 4. März 1948. Aufklärung und Festnahme des Täters Geßler 1952. Aburteilung 1953 vor dem Bezirksgericht Magdeburg.
- Diebstahl von Kupferkabeln bei der Berliner S-Bahn durch die Fidorra-Bande 1951. Aburteilung 1952 vor der IV. Großen Strafkammer beim Landgericht Groß-Berlin.
- Mord an den Volkspolizisten Hönig und Preiß am 23. Juni 1957 in Lobenstein. Aburteilung des Haupttäters Eckstein im Oktober 1957 vor dem Bezirksgericht Gera.
- Mord an dem Schauspieler Wolf Beneckendorf, Berlin-Adlershof, im Februar 1960.

Kontakt: Wolfgang Mittmann,
Tel. 035365 2242

Von Mitglied zu Mitglied:

Ferienwohnungen im **Ostseebad Dierhagen** in unmittelbarer Strandnähe. Ganzjährig nutzbar - Tel.: 0381 700 63 01
(Druckfehlerberichtigung zu ISOR aktuell 1/05)



Ferienhaus mit Sauna in **Rüdnitz b. Bernau** ganzjährig nutzbar, Tel.: 03338 760278
www.tourist-online.de/630944



Gemütliche FEWO für 2 Pers./NR in **Zempin/Usedom** von Mai bis Oktober; 700 m bis zum Strand; Tel.: 038377 40091



Ferienwohnungen in **Seebad Heringsdorf**
Tel.: 038378 22273

Die Geschäftsstelle bittet ...

... aus gegebenem Anlaß, bei Anfragen und anderen Zuschriften die Telefonnummer mit anzugeben, da sich aus dem Inhalt oftmals Rückfragen ergeben oder die Antwort telefonisch gegeben werden kann.



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



HERMANN ASCHENBACH, Leipzig
HANS AMM, Hildburghausen
HERMANN BAIER, Schwerin
PAUL-OTTO BARTÖCK, Cottbus
KURT BECKER, Weida und Bln.-Treptow
GERTRUD BRINGEZU, Leipzig
GERHARD HAHN, Erkner
ERICH HARZBECHER, Dresden
REINHOLD HEINRICH, Bln.-Treptow
CHRISTIAN HEMPEL, Bln.-Prenzl. Berg
IRENE HERKLOTZ, Bln.-Fr'felde
ERICH HERRMANN, Bln.-Prenzl. Berg
URSULA KAHN, Bln.-Marzahn
KARL-HEINZ KINZA, Bln.-Fr'hain
HERIBERT KLUGER, Bernburg
WILFRIED KÖHLER, Dresden
KARL-HEINZ KÖNECKE, Magdeburg
GÜNTER KRÄMER, Frankfurt/O
HANS KUSCHE, Bln.-H'hausen
JÖRG LANGE, Bln.-Fr'felde
HEDWIG LAUTENSCHLÄGER, Gera
GÜNTER LEINAU, Bln.-Treptow
EDITH MATUSCHKA, Pdm.-Zentrum
WERNER MEJA, Bln.-Köpenick
ECKHARD PFENNIG, Fr'hain
HELMUT POSSIN, Bln.-Mitte
WERNER PROSETZKY, Bln.-Mitte
WILLI RAATZ, Rügen
JOACHIM RICHTER, Bln.-Li'berg
KÄTHE SCHMECHTIG, Cottbus
DIETER SCHMIDT, Bln.-Mitte
HANS-ULRICH SCHULTZE, Bln.-Weißen.
GÜNTHER SCHWARZ, Schwerin
HANS SPIGIEL, Bützow
CHRISTA STEINBERG, Pirna
HORST STEINER, Bln.-F'Hain
DIETRICH VOELKEL, Bln.-Li'berg
HELMUT WABNITZ, Merseburg
IRMGARD WEICHAN, Bln.-Li'berg
LOTHAR WENDT, Schwerin
JÜRGEN WILMS, Bln.-Pankow
GÜNTER WOLF, Frankfurt/O
WALTER WÜRKER, Torgau

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 26.01.05

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 23.02.05

Einstellung im Internet: 04.03.05

Auslieferung: 10.03.05

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr